Dienstunfalluntersuchung gemäß § 45 BeamtVG

in Verbindung mit der Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zum Verfahren in Dienstunfallsachen vom 15. April 1993 (SächsABl. S. 665, ABl. SMF S. 125)

A. Unfallanzeige des Verletzten (§ 45 Abs. 1 Satz 1 BeamtVG)

1.	Name, Vorname	Geburtsdatum	MdE ¹⁾²⁾
2.	Amtsbezeichnung (oder Tag der Berufung in das Beamtenverhältnis)	Besoldungsgruppe	
3.	Anschrift		Telefonnummer 1)
4.	Bezeichnung und Anschrift der Beschäftigungsdienststelle		
5.	Ort, Datum und Uhrzeit des Unfalls		
6.	Welche Dienstzeit war am Unfalltag festgelegt? (bei Gleitzeit: Rahmen- und Kerndienstzeit angeben)		
7.	Genaue Schilderung des Unfalles, der Ursachen, der Verletzur dienstlichen Verrichtung (gegebenenfalls Skizze oder Beiblatt		blaufes/Art der
8.	Wurde der Unfall von der Polizei aufgenommen? □ ja, Ermittlungsbehörde und Aktenzeichen angeben □ nein		

 $^{^{1)}}$ Die Angaben von MdE und Telefonnummer sind freiwillig $^{2)}$ MdE = Minderung der Erwerbsfähigkeit

9.	Gibt es Zeugen für den Unfall?	
	☐ ja, soweit bekannt, Name und Anschrift ange	ben □ nein
	(falls erforderlich auf gesondertem Blatt)	
10.	Hat bei der Entstehung des Körperschadens ein anlagebedingtes früheres Leiden mitgewirkt?	anderer Schaden (Dienst- oder Privatunfall) oder ein
	□ ja, kurze Schilderung	
	a ju, kuize seimaerang	
		v
	Name und Anschrift der damals behandelnden	Arzte/Krankenhauser:
	□ nein	
11.	Sind oder waren Sie wegen des Unfalles diens	unfähig?
111	□ ja, vom bis	□ nein
12.	Beginn der ärztlichen Behandlung	
13.	Name und Anschrift der Ärzte/Krankenhäuser	
14.	Haben Sie Anspruch auf freie Heilfürsorge?	
	□ ja	□ nein
15.	Wurden Sachleistungen durch einen Träger de	gesetzlichen Krankenversicherung gewährt?
15.	☐ ja, welche	gesetzhenen Krankenversienerung gewantt.
	Bezeichnung und Anschrift des Krankenversic	narungsträgars:
	Dezelemining und Ansemm des Krankenversie	nerungstragers.
	Versicherungsnummer:	
	□ nein	
16.	Ich bitte, den erstattungsfähigen Betrag auf das	
	Vanta Nu.	1:
	Konto-Nr.:	bei
	Bankleitzahl:	zu überweisen
1.7	71 1 1 1 77 H 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	20 12 A 1
17.	Ich versichere die Vollständigkeit und Richtigl	teit dieser Angaben.
	Ort, Datum	Unterschrift des Beamten oder Richters
	·, - ······	Carried and Deminion Cool Intelliging

B. Einverständniserklärung

Geburtsdatum	Beschäftigungsdienststelle
Name, Vorname	Amtsbezeichnung
-	2.

Krankenanstalten, Behörden und Trägern der Sozialversicherung, die ich genannt habe oder die aus den von mir eingereichten Unterlagen ersichtlich sind, die für die Feststellung von Unfallfürsorgeleistungen erforderlichen Untersuchungsunterlagen (z. B. Untersuchungsbefunde, Krankengeschichten, Röntgenbefunde) heranzieht und Auskünfte einholt. Ich entbinde die beteiligten Ärzte von der Schweigepflicht. Ich bin damit einverstanden, dass der Ärztliche Dienst der Polizei bzw. der Amtsarzt bei den Ärzten,

Unterschrift des Beamten oder Richters Ort, Datum

C. Untersuchungsergebnis des Dienstvorgesetzten (§ 45 Abs. 3 Satz 1 BeamtVG)

1.	Wann wurde der Unfall dem Dienstvorgesetzten erstmals bekannt?
2.	Die Angaben zur Person, zum Dienstverhältnis und zu der Anlage 2 werden bestätigt: □ ja □ nein
	Begründung:
3.	Welche dienstplanmäßigen und weisungsgebunden übertragenen Dienstaufgaben erledigte der Beamte zum Unfallzeitpunkt?
4.	Handelt es sich bei dem Unfall nach Meinung des Dienstvorgesetzten um einen Dienstunfall?
	□ ja □ nein
	Begründung:
5.	Hat der Verletzte den Unfall vorsätzlich oder fahrlässig herbeigeführt?
	□ ja □ nein
	Begründung:
6.	Welche Schäden hat der Unfall verursacht?
0.	Weiche Schauen hat der Offan Verdisacht:
7.	Schadenersatzansprüche Kann für den Unfall ein Dritter haftbar gemacht werden?
	□ ja, bitte Namen und Anschrift angeben □ nein
8.	Wurde der Personalrat bei der Unfalluntersuchung beteiligt?
	□ ja □ nein
9.	Weitere Angaben:
	Dieses Untersuchungsergebnis wurde dem Beamten/Richter bzw. den Hinterbliebenen bekanntgegeben.
	Ort, Datum Unterschrift und Amtsbezeichnung des Dienstvorgesetzten mit Anschrift der Behörde

Zur	Zur Untersuchung des Dienstunfalles vomdes				
Naı	me, Vorname: geb. am:				
	Hinweis Diese Anlage 2 ist vom Beamten oder Richter nur auszufüllen, wenn sich der Unfall auf dem Weg zum oder vom Dienst (Wegeunfall) bzw. während eines Dienstganges oder einer Dienstreise ereignet hat.				
Α.	Wegeunfall				
1.	Der Unfall ereignete sich auf				
	□ dem Weg, den der Verletzte von der häuslichen Unterkunft zur Dienststelle und zurück gewöhnlich nimmt;				
	□ einem Umweg, um ein mit dem Verletzten im Haushalt lebendes Kind fremder Obhut anzuvertrauen (z. B. Kindergarten-Umweg);				
	□ einem Umweg, um an einer Fahrgemeinschaft teilzunehmen;				
	□ dem Weg, der zur Durchführung des Heilverfahrens (§ 33 BeamtVG) notwendig war;				
	□ einem sonstigen Umweg (Gründe für den Umweg sowie Dauer und Entfernung erläutern)				
2.	Ist der Weg unterbrochen worden?				
۷.	☐ ja ☐ nein				
	wenn ja, aus welchem Grund (z. B. Esseneinnahme, zum Einkaufen, zur Inspektion des Kfz usw.):				
3.	Wie lange dauerte die Unterbrechung?				

B. Unfall während einer Dienst- bzw. Fortbildungsreise oder während eines Dienstganges

Grundsätzlich ist eine Ablichtung der Anordnung oder der Genehmigung beizulegen; wenn das nicht möglich ist: Wer hat die Anordnung oder die Genehmigung erteilt?

1.	Wurde bei der Dienstreise ein anderes Verkehrsmittel als das dienstlich angeordnete benutzt?
	☐ ja, ausführliche Begründung ☐ nein
2.	Datum und Uhrzeit des Beginns und der Beendigung der Dienstreise/des Dienstganges
3.	Welche Wegstrecke war vorgeschrieben?
	(Angaben über die Wegstrecke genau nach Orten bzw. im Straßenverkehr nach Straßen)
_	
4.	Ereignete sich der Unfall auf der vorgeschriebenen Wegstrecke?
	□ ja □ nein
_	W 1 1' 1'1 W (1 1 0 (0'11'1 D " 1)
5.	Warum wurde die vorgeschriebene Wegstrecke verlassen? (ausführliche Begründung)
6.	Ist der Weg unterbrochen worden?
	□ ja □ nein
	_ J
	wenn ja, Gründe für die Unterbrechung sowie Dauer erläutern:
	Ort, Datum Unterschrift

Zuı	Zur Untersuchung des Dienstunfalles vom des						
Naı	Name, Vornamegeb. am:						
	trag auf Erstattung von Sachschäden <i>erhalb</i> der Dienstunfallfürsorge	und be	sonder	en Aufwendunge	en (§ 32 BeamtV	G)	
Wu bes Sac Sac (Sä (Sä	Hinweis: Wurden bei einem Dienstunfall Kleidungsstücke oder sonstige Gegenstände, die der Beamte mit sich führte, beschädigt oder zerstört oder kamen sie bei dem Unfall abhanden, kann dafür Ersatz geleistet werden. Der Sachschadenersatz erfolgt nach Abschnitt I der Verwaltungsvorschrift zur Unfallfürsorge für die Erstattung von Sachschäden und besonderen Aufwendungen im Freistaat Sachsen (SächsSachSchVwV) vom 23. April 1993 (SächsABl. S. 663, 1052, ABl. SMF S. 123, 220), verlängert durch Verwaltungsvorschrift vom 24. November 1998 (SächsABl. S. 1011). Im Übrigen wird auf das beigefügte Hinweisblatt zum Sachschadenersatz verwiesen.						
1.	Welche Gegenstände wurden bei dem	Unfall z	erstört	oder beschädigt o	der sind abhande	n gekommen?	
	Bezeichnung	z *) b *) a *)		unkt der naffung	Kaufpreis	Höhe des Ersatzanspruchs	
	a)						
	b)						
	c)						
	d)						
	e)						
	f)						
	g)						
	h)						
	i)						
	j)						
	*) z = zerstört; b = beschädigt; a = abhanden gekommen						
2.	Begründung der Höhe des geltend gemachten Schadens:						
3.	. Wäre eine Reparatur möglich gewesen? □ ja □ nein, warum nicht						
4.	Welche der aufgeführten Gegenstände hatten Sie gegen eine pauschalierte Aufwandsentschädigung zu stellen (z. B. Dienstbekleidung, Arbeitsgeräte)?						
	Bezeichnung			Pauschale in DN	1/pro Abrechnung	gszeitraum	
			-				
				i			

5.	Wie hoch ist der von Ih Gegenständen?	nen z	u tragende Teil der	Beschaffungsko	sten an	den unter Nr. 4 aufgeführten
6.	Können Sie für die unter A	bschni	tt A Nr. 1 aufgeführte	en Gegenstände E	Ersatzans	sprüche geltend machen?
6.1	gegen eigene Versicherung					
	Bezeichnung des Gegenstandes		e und Anschrift der icherung	Art der Versiche	erung	Höhe des Anspruchs
6.2	gegen einen Dritten (Schäd		NT 1 A 1 '	3 1 0 1 " 1"	TT"1 1	1 4 1
	Bezeichnung des Gegenstan	naes	Name und Anschrif bzw. seiner Versich		Hone d	les Anspruchs
7.	Welche der unter Nr. 6.1 und 6.2 aufgeführten Forderungen sind uneinbringlich? Begründung:					
	Abtretungserklärung:					
8.	Ich trete diese Forderungen Nur ausfüllen, wenn Ersatz					
0.	Nui austulieli, wellii Elsatz	Tui Sa	ichschaden am privat	eigenen Kraitiani	zeug bei	annagi wiru.
8.1	Fabrikat		Тур	Baujahr		Kilometerstand
8.2	Wer führte das Kfz zum Ur	nfallze	itpunkt?			
8.3	Entfernung zwischen dem (Ort des	Wegeantritts und de	em Ziel (Angabe i	n km):	

8.4	Angabe der Abfahrts- und Ankunftszeiten öffentlicher Verkehrsmittel, die hätten benutzt werden können:				
	Bezeichnung des Verkehrsmittels	Abfahrtszeit		Ankun	ıftszeit
0.5			x 1, 11 , 100 , 11 1	** 1 1	44
8.5	Angabe der Wegstrecken zu den nä	chstgelegenen F	laltestellen öffentlicher	Verkel	nrsmittel:
	Beschreibung der Wegstrecke zur H	Ialtestelle	Entfernung in Minute	n	Entfernung in km
8.6	Mit welchem Zeitaufwand kann d	ie Strecke mit	<u>l</u> einem Kfz bei normal	en Weg	ge- und Verkehrsverhältnissen
	durchfahren werden?				
9.	Bei Benutzung des Kfz auf dem We	eg zum und vom	Dienst:		
	Lag für die Benutzung des Kfz ein s	schwerwiegende	er Grund vor?		
	☐ ja, wegen der Eigenart des Dienstes				
	☐ ja, wegen der persönlichen Verhältnisse des Antragstellers				
	☐ ja, wegen der örtlichen Verhältnis	sse			
	ausführliche Begründung:				
	ausiunriiche Begrundung:				
1.0	nein	D' ' 1	. D:		
10.	Bei Benutzung des Kfz während eir Hatte der Dienstvorgesetzte die Ben				chriftlich gestattet?
	□ ja	8	□ nein		
	wenn nein, warum wurde die Diens	treise/der Diens	tgang trotzdem mit der	n Kfz dı	urchgeführt?
Ann	l nerkung:				
Recl	nnungen über den damaligen Kauf				
	ufügen. In jedem Fall ist die Rechn				
	kauf (z. B. bei Brillen neben der Ve ufügen. Bei Totalschaden am Kfz				
tatsä	chlich erzielten Verkaufserlös vorz	ulegen. Bei Sch	nadenersatzansprüchen	gegen	die eigene Versicherung sind
terne	er Name und Adresse der Versicherun	ngsgesellschaft	sowie die Nummer des	Versich	nerungsscheines anzugeben.
_	Dotum		Untargabrift	•••••	
ı UIL.	Datum		Unterschrift		

B. Feststellung des Dienstvorgesetzten

1.	Die Angaben des Beamten werden bestätigt. Für die Dienststelle liegen folgende schwerwiegende Gründe in (GMBl. 1980, S. 742) vor:	Benutzung des Kfz auf dem Wege zur und von der m Sinne der Tz. 32.1.8.1 bis 32.1.8.3 BeamtVGVwV
2.	Das Kfz wurde auf der Dienstreise bzw. auf dem Dienstg (Tz. 32.1.7 BeamtVGVwV):	ang aus folgenden triftigen Gründen benutzt
3.	Sonstige Bemerkungen:	
	Ort, Datum	Unterschrift und Amtsbezeichnung des Dienstvorgesetzten

Schriftlicher Befundbericht des behandelnden Arztes ^{1) 2)}

Die nac	Hinweis Diese Angaben dienen zur Feststellung des Vorliegens eines Dienstunfalles im Rahmen der Dienstunfallfürsorge nach den beamtenversorgungsrechtlichen Vorschriften (§§ 30 ff. Beamtenversorgungsgesetz - BeamtVG). Die Angaben sind nur in dem für diesen Zweck erforderlichen Umfang aufzunehmen.				
Naı	me, Vorname: geb. am:				
Am	ntsbezeichnung/Beschäftigungsdienststelle:				
1.	Erstmalige Vorstellung des Patienten (Datum, Uhrzeit)				
2.	Anamnese				
3.	Befund				
4.	Diagnose				
5.	Therapie				
	ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Verletzung/Krankheit und dem Unfallereignis in ärztlichsenschaftlicher Hinsicht erwiesen, wahrscheinlich oder ausgeschlossen?				
Ort	Ort, Datum Unterschrift und Stempel des Arztes				

¹⁾ "Vertrauliche Arztsache!" Der Befundbericht ist in einem verschlossenen Umschlag in der Dienstunfallakte aufzubewahren! ²⁾ Abrechnung nach GOÄ Nr. 75 bzw. nach EBM, soweit ein Anspruch auf freie Heilfürsorge besteht

Gutachten/Stellungnahme des Polizeiarztes bzw. - soweit erforderlich - des Amtsarztes 1)

Hinweis Diese Angaben dienen zur Feststellung des Vorliegens eines D nach den beamtenversorgungsrechtlichen Vorschriften (§§ 30 f Angaben sind nur in dem für diesen Zweck erforderlichen Umf	f. Beamtenversorgungsgesetz - BeamtVG). Die
Name, Vorname:	geb. am:
Amtsbezeichnung/Beschäftigungsdienststelle:	
Ist ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Verletzung/K wissenschaftlicher Hinsicht erwiesen, wahrscheinlich oder ausg	
Bemerkungen:	
Ort, Datum	Bezeichnung der Dienststelle und Unterschrift des Polizei- bzw. Amtsarztes

¹⁾ "Vertrauliche Arztsache!" Das Gutachten/die Stellungnahme ist in einem verschlossenen Umschlag in der Dienstunfallakte aufzubewahren!

Schlussgutachten des Amts- bzw. Polizeiarztes 1)

Hinweis:

Diese Angaben dienen zur Feststellung der Gewährung von Unfallfürsorgeleistungen im Rahmen der Dienstunfallfürsorge nach den beamtenversorgungsrechtlichen Vorschriften (§§ 30 ff. Beamtenversorgungsgesetz - BeamtVG). Die Angaben sind nur in dem für diesen Zweck erforderlichen Umfang aufzunehmen.

Das Gutachten ist sechs Monate nach dem Dienstunfallereignis zu erstellen (gegebenenfalls auch früher, wenn ein Endzustand der Dienstunfallfolgen abzuschätzen ist).

Das Gutachtenformular ist auch für spätere Nachuntersuchungen/Schlussgutachten zu verwenden.

Nam	e, Vorname: geb. am:				
Amts	sbezeichnung/Beschäftigungsdienststelle:	•••••			
1.	Wann hat die letzte ärztliche Behandlung stattgefunden?				
2.	Welche Verletzungsfolgen sind zurückgeblieben?				
3.	Einschätzung der Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) zum Zeitpunkt des Datums des Gutachtens:				
3.1	MdE als Folge des Dienstunfalles vom	v. H.			
3.2	MdE als Folge vorhergehender Dienstunfälle (nach § 30 BeamtVG): Körperschäden:	v. H.			
3.3	MdE als Folge aller Dienstunfälle:	v. H.			
	Wenn die MdE unter Nr. 3.1 oder 3.3 mindestens 25 v. H. beträgt und über einen Zeitraum von mehr als Monaten besteht (bzw. voraussichtlich wird), sind folgende weitere Einschätzungen vorzunehmen:				
3.3.1	MdE als Folge von nicht durch Dienstunfälle bedingte Körperschäden: Körperschäden:	v. H.			
3.3.2	Gesamt-MdE als Folgen von Dienstunfällen und anderen Körperschäden gemäß Nr. 3.3.1:	v. H.			

¹⁾ "Vertrauliche Arztsache!" Das Schlussgutachten ist in einem verschlossenen Umschlag in der Dienstunfallakte aufzubewahren!

	Zeitraum von	bis	MdE aus Dienstunfällen	MdE aus anderen Körperschäden	Gesamt-MdE		
			v. H.		V. 1		
			v. H.	v. H.	v. 1		
			v. H.	v. H.	v.]		
			v. H.	v. H.	v. 1		
			v. H.		v. 1		
			v. H.		v. 1		
			v. H.		V. 1		
			v. H.	v. H.	V. 1		
4.	Die ärztliche l □ ja, am	Behandlung ist abge	eschlossen □ nein				
	□ Ju, um						
	Ist eine weiter	e Nachuntersuchun	g durch den Amts- bzw. durch	den Polizeiarzt erforder	lich?		
	□ ja, am		□ nein				
		veitere Heilbehandl nlage wiederholt w	lung oder Nachuntersuchung e erden.	erforderlich ist, muss da	s Schlussgutachten a		
5.	Wird die Dienstfähigkeit des Beamten durch den Unfall beeinflusst?						
	□ ja, in welch	er Weise?	□ nein				
5.	Bemerkungen	:					
	, Datum		Bezei	ichnung der Dienststelle eschrift des Polizei- bzw.	und		
Ort	, Datum	ststellung des Arzte:	Bezei Unter	ichnung der Dienststelle	und		

Absender:
(Beamter oder Richter)

Abschlusserklärung zum Dienstunfall

(zweifach zu übersenden)							
☐ An den Polizeiärztlichen Dienst							
☐ An den Amtsarzt							
Name, Vorname		geb. am					
Dienststelle		Dienstbereich	_				
Dienstunfall am	anerkannt am	durch	Az.:				
Dienstunfallbedingte Beschwerde bestehen nicht mehr bestehen noch wie folgt	:						
	andlung lossen: sie daue	rte vom	bis				
dauert noch an, vorauss							
3. Bemerkungen oder sonstige Hinweise an den Amts-/Polizeiärztlichen Dienst: Durch die Abgabe dieser Erklärung ist die Geltendmachung weiterer Unfallfürsorgeansprüche nicht ausgeschlossen.							
Ort, Datum		Unterschrift des Beamte					
Stellungnahme des Polizei-/Amts	arztes: 1)						
Minderung der Erwerbsfähigkeit Begutachtung erforderlich Beamten mit Schreiben vom Beamten für den							
Ort, Datum		Bezeichnung der Diens Unterschrift des Polizei	tstelle und				

¹⁾ "Vertrauliche Arztsache!" Das Gutachten/die Stellungnahme ist in einem verschlossenen Umschlag in der Dienstunfallakte aufzubewahren!